

Bern, 19.11.2013

Medienmitteilung

Altersvorsorge: Gesunde Lösungen statt kosmetische Korrekturen

FDP lehnt linke Vorschläge samt Mehrwertsteuer von 12 Prozent ab

Die Jungen von heute verlieren immer mehr die Hoffnung, einmal eine AHV-Rente zu erhalten! Das ist keine Option für die FDP. Eine sinkende Geburtenrate, tiefe Zinsen und eine steigende Lebenserwartung stellen die Finanzierung unserer ersten beiden Säulen in Frage. Der Bundesrat sagt, er wolle mit seinem Projekt „Altersvorsorge 2020“ Vertrauen und Sicherheit schaffen – und verlangt eine massive Erhöhung der Mehrwertsteuer. Solche Massnahmen schaffen kein Vertrauen und sind nicht mehrheitsfähig. Des Weiteren trifft der Bundesrat keinerlei Vorsichtsmassnahmen für den Fall eines Scheiterns der Reform. Die FDP setzt sich für eine echte Reform der Altersvorsorge ein: Anstelle einer massiven Mehrwertsteuererhöhung verlangen wir einen ausgeglichenen Massnahmenmix samt einer Schuldenbremse als Sicherheitsnetz lange vor 2020.

Der Eintritt der Baby-Boom-Generation in den Ruhestand und die steigende Lebenserwartung machen eines deutlich: Immer weniger Erwerbstätige finanzieren immer mehr Menschen im Rentenalter. Seit der Einführung der AHV hat sich die Lebenserwartung beim Renteneintritt verdoppelt. Wir leben viel länger und das bei besserer Gesundheit. Folglich müssen wir das Potential und die Erfahrungen der über 55-jährigen Arbeitnehmenden besser nutzen.

Für eine stärkere Integration der über 55-Jährigen in den Arbeitsmarkt

Eine durchdachte Arbeitsmarktpolitik für ältere Arbeitsnehmende schafft der Schweiz einen nachhaltigen Wettbewerbsvorteil gegenüber Europa und verringert den Fachkräftemangel sowie die Abhängigkeit von ausländischen Fachkräften. Die FDP setzt sich darum für eine höhere Beteiligung der über 55-Jährigen im Arbeitsprozess ein – hier sind die Unternehmen mit neuen Arbeitszeitmodellen gefordert.

Reform des Bundesrates und die linken Initiativen 1:12 und AHV-plus erhöhen Mehrwertsteuer um mehr als 50%

Anstatt das Potential der über 55-Jährigen besser zu nutzen, schlägt der Bundesrat eine drastische Mehrwertsteuererhöhung von 2% vor. Rechnet man zudem die linken Initiativen 1:12 Initiative und AHVplus mit, müsste der heutige Mehrwertsteuersatz um mehr als 50% erhöht werden, damit die AHV-Renten finanziert wären. Der Mehrwertsteuersatz würde die Schallgrenze von 10% weit hinter sich lassen und mehr als 12% betragen. Die Zahlen machen es deutlich: Solch linke Vorschläge können weder vom Bürger finanziert werden, noch lösen sie die Finanzprobleme der Altersvorsorge.

Ein vernünftiger und gemässiger Massnahmenmix statt Extremlösungen

Die FDP fordert eine glaubhafte und nachhaltige Reform der Altersvorsorge. Die FDP will eine deutliche Verringerung der Ausgaben, flexiblere Arbeitszeiten sowie ein Rentensystem, welches berufstätigen Personen einen Anreiz verschafft, so lange wie möglich im Arbeitsmarkt zu verweilen. Eine massvolle und schrittweise Erhöhung des Rentenalters sowie die Einführung einer Schuldenbremse sind unabdingbare Voraussetzungen für eine Mehrwertsteuer-Zusatzfinanzierung. Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer muss der letzte und nicht der erste Schritt im Reformprozess sein. Das ist die Lehre der gescheiterten IV-Revision – **aus Liebe zur Schweiz.**

Dokumente

- [Zusammenfassung](#)
 - [Vorsorgen statt Sorgen](#)
 - [Flexibles Arbeiten im Alter](#)
 - [Unbezahlbar für den Bürger: Kosten der Reform der Altersvorsorge](#)
-

Kontakt:

- › Felix Gutzwiller, Ständerat, 079 419 32 55
- › Bruno Pezzatti, Nationalrat, 079 279 57 94
- › Jean-René Germanier, Nationalrat, 079 628 66 20
- › Stefan Brupbacher, Generalsekretär, 079 789 13 81
- › Aurélie Haenni, Pressesprecherin Westschweiz, 079 315 78 48